

Intrigen und Skandale – Indien vor der Wahl –



Quelle: India Today

Nie zuvor in der Geschichte des unabhängigen Indien war die Phase vor den nationalen Wahlen von derartig vielen Intrigen, Skandalen und Sensationsmeldungen überschattet. Der Betrachter fühlt sich an das Drehbuch für ein Hindu-Melodrama erinnert. Ein Beitrag von Ashwin Raman:

Mit der angestrebten Neufassung der Gemeinderatsgesetzgebung (siehe: 'Südasiens', Nr. 7/89 sowie den Beitrag in dieser Ausgabe) schien es Rajiv Gandhi gelungen zu sein, gegenüber der Opposition deutlich an Boden zu gewinnen. Daher war das Selbstvertrauen der Opposition stark angeschlagen, als am 18. Juli die sogenannte 'Monsun-Sitzungsperiode' des Parlaments begann. Gerade in dieser letzten Sitzungsperiode vor den Parlamentswahlen war es für die Opposition wichtig, die Regierung noch einmal in Bedrängnis zu bringen, um letztendlich Wählerstimmen für sich zu gewinnen. Die Probleme im Punjab und der Beweis für die Authentizität der im Zusammenhang mit der 'Bofors-Affäre' von Seiten der Presse veröffentlichten Bankpapiere waren kaum geeignet, die Regierung in ernsthafte Schwierigkeiten zu bringen. Dann jedoch erschien der CAG-Report ('Comptroller and the Auditor General's Report'; etwa vergleichbar mit dem 'Bundesrechnungshof'), der die Regierung unter Rajiv Gandhi wegen Bofors schwer belastet.

Der Report beflügelte die Opposition, die alle internen Streitigkeiten der Vergangenheit vergaß. Die Oppositionsparteien einigten sich daraufhin, geschlossen gegen die 'Congress-I'-Partei vorzugehen. Sie riefen Rajiv Gandhi zum Rücktritt auf. Über drei Tage hinweg blockierten sie alle Parlamentssitzungen. Aber mit wenig Erfolg. Die Regierung war nicht zum Rücktritt zu bewegen. In einer spektakulären Aktion legten daraufhin insgesamt 90 Abgeordnete der Opposition ihr Mandat nieder und verließen unter Protest das Parlament.

Federführend bei dieser Aktion war der Führer der 'Telugu Desam Party' und Ministerpräsident des Bundesstaates Andhra Pradesh, N.T. Rama Rao. Nachdem sich abzeichnete, daß die Rücktrittsforderungen der Opposition erfolglos bleiben würden, hatte sich der 'Chief'-Minister, der auch weiterhin durch seine Erfolge als Darsteller in 'Seifenoper' auf sich aufmerksam macht, zu einer anderen Vorgehensweise entschlossen. Mit führenden Politikern der Opposition aus zahlreichen Bundesstaaten wurde die Entscheidung getroffen, alle Oppositionspolitiker dazu aufzurufen, ihr Mandat niederzulegen.

CAG-Report

Der Untersuchungsbericht deckt auf, daß das Verteidigungsministerium dem Ausschuß, der sich mit der Aufklärung der Hintergründe des sogenannten Bofors-Skandals befaßt (siehe Kasten), alle wichtigen Akten und Unterlagen erst nach dem August 1988 zugänglich machte, obwohl der Ausschuß schon im Juli 1986 auf die Einsicht in die Unterlagen gedrängt hatte. Diese anfängliche Feststellung prägt die weiteren Aussagen und Ergebnisse des Berichts, in dem die Verfasser nicht davor zurückschrecken, die Regierung scharf zu kritisieren. Wichtige Ergebnisse des CAG-Reports sind folgende Punkte:

- Eine technische Bewertung der verschiedenen Waffensysteme und Munitionen, die beschafft werden sollten, fand nicht oder nur unzureichend statt. Es wurde kein Bericht über die Qualitätsmerkmale der verschiedenen

Bofors - Chronologie eines Skandals



1975: Eine Expertenkommission des Militärs empfiehlt die Anschaffung neuer 155 mm-Haubitzen

1979: Ein von der Armeeführung ausgearbeitetes sogenanntes 'philosophy paper', in dem Modernisierungsmaßnahmen für die nächsten 20 Jahre vorgeschlagen werden, spricht die gleiche Empfehlung aus.

August 1980: Die Regierung erkennt die Inhalte dieses Papiers als Grundlage für die zukünftige Planung und Produktion im militärischen Bereich an.

1982: Nach der Prüfung von insgesamt sechs verschiedenen Waffensystemen, zieht die Armeeführung vier in die engere Wahl: die britische FH 70, die von einem österreichischen Hersteller stammende N-45, die französische TR-155 ('Sofma') und die in Schweden produzierte Bofors FH 77B.

Dezember 1982: Auf Anweisung des Verteidigungsministeriums wird von der Armee ein Abschlußbericht über die endgültige Bewertung der verschiedenen Waffensysteme vorgelegt. Dieser Bericht empfiehlt die Anschaffung der französischen 'Sofma'. Die schwedische 'Bofors' rangiert nur an zweiter Stelle.

Mai 1984: Eine Verhandlungskommission unter dem Vorsitz des Sekretärs im Verteidigungsministerium wird eingesetzt. Ihre Aufgabe ist es, Preisangebote von den Herstellern der vier in die engere Wahl gezogenen Waffensysteme einzuholen und zu prüfen.

Waffensysteme erarbeitet. Der Sekretär im Verteidigungsministerium S.K. Bhatnagar schrieb am 28. August 1984: "Es ist fast unmöglich, über den Kauf einer Waffe zu entscheiden, ohne einen Bericht über deren Qualitätsmerkmale vorliegen zu haben." Dieser Aussage völlig widersprechend gab Bhatnagar im April 1989 zu Protokoll: "Es wurde ein Bericht über die einzelnen Waffensysteme vorgelegt, aus dem hervorging, daß (die schwedische Firma) Bofors die für uns geeigneten Systeme hatte."

- Alle vier zum damaligen Zeitpunkt in der engeren

August 1984: Die Armeeführung schickt einen Bericht über die Bewertung der Haubitzen an das Verteidigungsministerium. Darin wird dem Ministerium die Anschaffung der französischen 'Sofma' nahegelegt, da sie über 18 der insgesamt 25 von der Kommission gewünschten Qualitätsmerkmale verfüge, die Bofors FH 77B dagegen nur über 11. Die Produkte der englischen und österreichischen Hersteller seien im Vergleich dazu unakzeptabel.

November 1984 - Oktober 1985: Weitere Untersuchungen und Tests der Armee sprechen ebenfalls für die 'Sofma'.

November 1985: Die Verhandlungskommission folgt dem Vorschlag der Armee und lädt nur noch die Vertreter der französischen und schwedischen Herstellerfirmen zu weiteren Gesprächen ein.

November 1985 - Februar 1986: Die Verhandlungskommission setzt die Gespräche mit beiden Anbietern fort. Im Verlauf der Verhandlungen bieten beide starke Preisnachlässe an, um von indischer Seite den Zuschlag für das Geschäft zu erhalten.

Januar 1986: In einer Note, die Rajiv Gandhi von seinem Büro vorgelegt wird, heißt es, daß beide Waffensysteme technische akzeptabel seien. Nun komme es auf den Preis und die Kreditbedingungen an, um zu einer endgültigen Entscheidung zu gelangen.

17. Februar 1986: Die Armeeführung legt eine neue technische Bewertung vor, die sie als "endgültig" bezeichnet. Darin werden die Waffen nach neuen Bewertungsmaßstäben untersucht. Die Bofors FH 77B schneidet danach besser ab und wird dementsprechend zur Anschaffung empfohlen. K. Sundarji, der damalige Armeechef, argumentierte später, daß diese Änderung der Prioritäten mit der allgemeinen Veränderung der militärischen Lage zu tun gehabt habe.

12. März 1986: Die Verhandlungskommission empfiehlt, nach der Prüfung aller technischen, vertraglichen und finanziellen Aspekte, der Firma Bofors mitzuteilen, daß man beabsichtige, ihr Waffensystem zu erwerben.

24. März 1986: Der Vertrag über die Lieferung von Waffen und Munition wird mit Bofors unterzeichnet.

Wahl stehenden Waffensysteme wurden zwischen 1980 und 1982 erprobt. Als der Verteidigungsminister die Organisation für Forschung und Entwicklung im Verteidigungsbereich (DRDO) bat, die Testergebnisse abschließend zu bewerten, bemängelte diese - in einem Bericht aus dem August 1984 -, daß, entgegen den normalerweise 3.500 Schießdurchgängen, nur 300 Tests mit jeder Waffe durchgeführt worden seien. Die DRDO forderte gleichzeitig neue Tests, da es ihrer Ansicht nach "nicht fair" sei, sich anhand einer so "begrenzten" Bewertung für ein derartig teures Waffensystem zu entscheiden. Neue Tests wurden aber danach nicht mehr angeordnet.

Das Verteidigungsministerium rechtfertigte diese Vorgehensweise mit dem Vorwand, daß der geringfügige finanzielle Vorteil, der durch neue Tests und die eventuelle Entscheidung für einen anderen Lieferanten entstehen könnte, den "Zeitaufwand und die Kosten, die neue Versuchsreihen in Indien verursachen würden", nicht rechtfertigen würden. Der CAG-Report zweifelt diese Begründung an, da der Armee schon früher bekannt geworden war, daß im Ausland durchgeführte Testreihen "manipuliert" gewesen sein könnten. Zudem existieren keine zuverlässigen Unterlagen des Verteidigungsministeriums, die über Zeitaufwand und Kosten von in Indien vorgenommenen Waffenerprobungen Auskunft geben.

- Die Armeeführung hatte zwischen Dezember 1982 und Oktober 1985 nicht weniger als sechs Mal erkennen lassen, daß sie der Anschaffung des französischen 'Sofma'-Systems den Vorzug geben würde. Im Februar 1986 waren diese Bekundungen jedoch plötzlich belanglos, und man setzte sich für die Anschaffung von Waffen der Firma Bofors ein. Weder die Notwendigkeit noch die Hintergründe dieses Gesinnungswandels sind jemals aufgedeckt worden.

- Am 24. März 1986 gab das Büro des indischen Premierministers bekannt, daß Rajiv Gandhi neue weiterreichende Richtlinien bezüglich der Methoden zur Bewertung von Waffensystemen erteilt habe, die jedoch später getrennt veröffentlicht werden sollten. Ohne auf die Veröffentlichung dieser Richtlinien zu warten, wurde der Vertrag über den Waffenkauf noch am selben Tag unterzeichnet. Das Verteidigungsministerium äußerte sich zu diesem Punkt dahingehend, daß diese Richtlinien ausschließlich für zukünftige Anträge und Geschäfte bindend gewesen seien. Der CAG-Report widerspricht dieser Auffassung.

- Der Sekretär im Verteidigungsministerium erklärte in einem Schreiben an den Premierminister vom 22. März 1986, daß er mit dem damaligen Verteidigungsminister Arun Singh über die Unterzeichnung des Vertrages mit Bofors gesprochen habe. Wörtlich heißt es in seinem Brief: "Der Verteidigungsminister gab seinen Segen." Die Mitglieder des CAG-Ausschusses waren über diese Ausdrucksweise äußerst erstaunt. Normalerweise 'billigen' oder 'genehmigen' Mitglieder der Regierung Gesetze, Vereinbarungen oder Akten. Daß der Ausdruck "Segen" jedoch in diesem Zusammenhang gebraucht wurde, weist nach Ansicht des Untersuchungsausschusses auf die Bedeutung hin, die Politiker und Regierungsbeamte dem Waffenkauf von Bofors beigemessen haben.

- Die indische Botschaft in Schweden schlug im Juli

1987 vor, alle Akten und Unterlagen der Firma Bofors, die während der Geschäfte mit Indien angelegt worden waren, an den Untersuchungsausschuß weiterzuleiten. Dieses Angebot wurde jedoch nie weiter verfolgt. Tatsächlich hatte der damalige indische Botschafter in Stockholm, Bhupatray Oza, den indischen Behörden schriftlich mitgeteilt, daß Bofors zur Herausgabe aller Unterlagen an den CAG-Ausschuß bereit sei. Das indische Verteidigungsministerium ignorierte dieses Angebot wohl aus Angst, auf diesem Wege könnten Details über Schmiergeldzahlungen an die Öffentlichkeit gelangen.

Das Urteil, das der CAG-Ausschuß mit der Vorlage seines Abschlußberichtes gegenüber der Regierung ausspricht, lastet schwer auf Rajiv Gandhi. Unerwartete Unterstützung erhielt der indische Regierungschef jedoch im August von Haji Mastaan, 'Chef' der Unterwelt Bombays. In einem Ablenkungsmanöver von der für ihn peinlichen Affäre behauptet Gandhi nun, daß sein Gegenspieler und Führer der Opposition, V.P. Singh, nur mit Hilfe Mastaaans die Nachwahlen von Allahabad 1988 habe gewinnen können. Mastaan spielte in diesem Zusammenhang der Presse die Kopie eines von Singh unterzeichneten Briefes zu, in dem er Mastaan für seine Wahlkampfhilfe dankt (siehe Brief). Die Parlamentsabgeordneten der 'Congress-I'-Partei registrierten diese Nachricht mit Genugtuung.

Singh hat sich zu den Anschuldigungen geäußert und betont, daß es sich bei dem Brief um eine geschmacklose Fälschung handele. Mastaan hat demgegenüber verlauten lassen, daß er das Original noch besitze, er es aber niemandem zeigen werde. Wie man sieht, das Drehbuch zu einem Hindi-Melodrama könnte nicht besser sein. Es stellen sich derzeit viele Fragen. Wenn der Brief wirklich existieren sollte, warum präsentiert Mastaan die Originalfassung nicht der Öffentlichkeit? Die nächste Frage ist: Wenn es sich bei diesem Brief wirklich um eine Fälschung handeln sollte, warum erhebt V.P. Singh nicht eine Verleumdungsklage gegen Mastaan? Andererseits stellt sich die Frage, warum um ein einfaches Dankschreiben derzeit ein solches Aufsehen gemacht wird? Zugegebenermaßen ist Haji Mastaan nicht der Mann, mit dem Singh unbedingt korrespondieren sollte, aber so wird jedem wieder einmal deutlich, welche enge Beziehungen zwischen der indischen Politik, seinen Repräsentanten und der Unterwelt bestehen. Jedem Inder dürfte mittlerweile bekannt sein, daß auch die 'Congress-I'-Partei in den Bundesstaaten Bihar und Uttar Pradesh von derartigen kriminellen Elementen beherrscht wird.

Ashwin Raman